

WIRTSCHAFT

Der Strom geht aus

Stand: 23.08.2018 | Lesedauer: 3 Minuten



Von **Daniel Wetzel**
Wirtschaftsredakteur

Deutschland rechnet mit der Hilfe der Nachbarländer. Das wird nicht funktionieren

Deutschland kann in Zeiten ohne Wind und Sonne nicht mehr darauf vertrauen, dass Stromeinfuhren aus dem Ausland die Versorgung aufrechterhalten. Denn: „Die Kraftwerkskapazitäten in der Europäischen Union schmelzen dahin“, warnt der Bundesverband der Elektrizitäts- und Wasserwirtschaft (BDEW) in einer neuen Studie.

Bislang war die Bundesregierung davon ausgegangen, dass in Europa genug Kraftwerke bereitstehen, um nach dem deutschen Atom- und Kohleausstieg Lücken in der deutschen Stromversorgung zu füllen. Eine gefährliche Fehleinschätzung, wie jetzt aus der Studie „Verfügbarkeit ausländischer Kraftwerkskapazitäten für die Versorgung in Deutschland (<https://www.welt.de/themen/deutschland-reisen/>)“ hervorgeht.

Tatsächlich stellt die Studie ebenso grobe wie folgenreiche Rechenfehler in den Strategiepapieren der Bundesregierung fest. So war das Bundeswirtschaftsministerium im „Grünbuch“ von 2014 davon ausgegangen, dass in dem für Deutschland relevanten Marktgebiet Kraftwerksüberkapazitäten von 60 Gigawatt bestünden. „Die genannte Zahl von 60 Gigawatt ist jedoch nicht korrekt“, stellt die BDEW-Untersuchung jetzt fest. Das Bundeswirtschaftsministerium (BMWi) habe Daten der europäischen Netzbetreiber „falsch interpretiert“. Die Überkapazitäten in Deutschland und den Anrainerstaaten waren zu diesem Zeitpunkt tatsächlich „um den Faktor 3-4 niedriger“.

Die Analyse zeige, dass „Versorgungssicherheit“ zum zentralen Punkt der Kohleausstiegskommission werden müsse, die am Donnerstag in Berlin (<https://www.welt.de/themen/berlin-staedtereise/>) tagt, erklärte BDEW-Chef Stefan Kapferer:

„Deutschland ist Teil des europäischen Binnenmarktes, aber die Nachbarn alleine werden es nicht richten.“ Der BDEW bezieht sich bei seiner Neuberechnung auf Daten des europäischen Netzbetreiberverbandes ENTSO-E und des Joint Research Centers der EU. Noch im November vergangenen Jahres hatte es in einem Papier aus dem BMWI geheißen, rein nationale Leistungsbilanzen zur Stromversorgung seien „veraltet“ und hätten „keine Aussagekraft“, vielmehr müsse „Versorgungssicherheit europäisch gedacht werden“.

Inzwischen distanziert sich das BMWI von dem Papier. Doch damals hatte es dort geheißen, es sei ohne Probleme möglich, sieben Gigawatt Kohlekraft schon 2020 in Deutschland stillzulegen, da „in Europa beträchtliche Überkapazitäten von 40 Gigawatt“ bestünden. Auch diese Zahl, stellt die BDEW-Analyse jetzt fest, sei „nicht belegt“ und erscheine „zu hoch“.

Der wissenschaftliche Dienst der EU-Kommission rechnet jetzt vielmehr damit, dass die Kohlekapazitäten in der EU-28 bis 2025 von 150 Gigawatt auf 105 Gigawatt zurückgehen. Bis 2030 sei ein weiterer Rückgang auf 55 Gigawatt zu erwarten. Damit fehlen schon in Kürze überall in Europa Kraftwerke mit „gesicherter Leistung“, die unabhängig von den aktuellen Wind- und Sonnenverhältnissen Strom produzieren können. In Zeiten von „kalten Dunkelflauten“, die im Winter oft auch zwei Wochen lang anhalten können, drohe Elektrizität in ganz Europa zeitgleich knapp zu werden, warnt der BDEW.

„Egal, wohin man seinen Blick auf einer Europakarte auch schweifen lässt: Fast überall sollen gesicherte Stromerzeugungskapazitäten vom Netz genommen werden“, stellt Kapferer fest: „Und das ist keine zufällige Entwicklung, sondern eine logische: Alle EU-Staaten streben – richtigerweise – den Ausbau der erneuerbaren Energien an.“ Für Deutschland wäre es damit aber „zu riskant, sich in einer Winter-Dunkelflaute auf Stromimporte zu verlassen“, argumentiert der Energieverband: „Wir werden in Deutschland neue Erzeugungskapazitäten auf Basis von Gas brauchen.“ Allerdings werden neue Gaskraftwerke fast nirgendwo geplant, weil die

Refinanzierung zu riskant erscheint.

Für die Arbeit der Kommission, die einen Plan für einen möglichst frühen Kohleausstieg entwickeln soll, dürften die neuen Daten von entscheidender Bedeutung sein. Am Donnerstag sollte die „informelle Arbeitsgruppe zur Versorgungssicherheit“ laut bisheriger Tagesordnung 30 Minuten lang ihren Zwischenstand vortragen – jetzt dürfte die Diskussion wohl deutlich länger dauern.

© Axel Springer SE. Alle Rechte vorbehalten.

© Axel Springer SE

Die WELT als ePaper: Die vollständige Ausgabe steht Ihnen bereits am Vorabend zur Verfügung – so sind Sie immer hochaktuell informiert. Weitere Informationen: <http://epaper.welt.de>

Der Kurz-Link dieses Artikels lautet: <https://www.welt.de/181273100>